

Dr. Volker Külow

Referat auf der 1. Tagung des 5. Stadtparteitages DIE LINKE.Leipzig am 5. März 2016

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist sicher auch für Linke nicht leicht, in diesen Tagen, Wochen und Monaten und angesichts sich immer mehr überlappender Krisenprozesse in Europa und der Welt einen klaren Kopf zu behalten. Insofern sollten wir gerade jetzt jede unserer Begegnungen zum Gedankenaustausch über die Situation in der Bundesrepublik und in der internationalen Arena nutzen. Mit den folgenden Überlegungen möchte ich für die heutige Debatte eine entsprechende Diskussionsgrundlage liefern.

Derzeit laufen nicht nur in Dresden und anderen sächsischen Städten ein Haufen von Rechtspopulisten und Rassisten umher, die man nicht unterschätzen darf und mit denen man sich weiterhin konsequent anlegen muss. Jedoch ist das in gewisser Hinsicht eher ein Nebenschauplatz, denn die politischen Ober-Rassisten, die intellektuellen Urheber des Rassismus, sitzen in Berlin, Paris, London, Brüssel und in anderen Metropolen als Schreibtischtäter an den Schalthebeln der Macht. Sie sind für die desaströse neokoloniale Politik in den Entwicklungsländern verantwortlich, die insbesondere im muslimischen Nahen Osten jetzt zum kompletten Zusammenbruch geführt hat. Sie sind verantwortlich für die Misswirtschaft der von ihnen eingesetzten und hofierten Satrapen, die sie wahllos wegbomben, wenn es ihnen in das politische Kalkül passt. Über

Jahrzehnte haben die rassistischen Strategen darauf hingewirkt, dass staatliche und gesellschaftliche Strukturen zusammenbrechen, dass Millionen von Menschen ihrer Lebensgrundlage beraubt werden und nur noch den Ausweg Flucht sehen. Flucht ins Nichts. Flucht über Hunderte, Tausende Kilometer. Flucht vor Hunger, Elend und Tod. Dieser Hunger ist politisches Kalkül, politisch gewollt, Instrumentarium des Rassismus. Es ist eine Verlogenheit der Regierenden ohnegleichen, sich vor den Flüchtlingen und den eigenen Bundesuntertanen zu postieren und "humanitärer Hilfe", „Willkommenskultur“ und „Bekämpfung der Fluchtursachen“ zu heucheln, ist man doch selbst Ursprung und Ursache der weltweiten Katastrophe.

In den Aufnahmeländern, insbesondere derzeit in Deutschland, wird der Rassismus noch verfeinert, indem man nur das für eigene Zwecke verwertbare "Humankapital" akzeptiert, den Weizen von der Spreu trennt und letztere zurück in die Hölle verbringen möchte. Um die aus Sicht der exportabhängigen Kapitalfraktionen notwendige Einwanderungspolitik zu steuern, findet eine widerwärtige Auswahl nach bestimmten Herkunftsländern, nach Paß und nicht nach Verfolgung oder lebensbedrohlichem Terror statt. Unser EU-Interesse bestimmt, wer Flüchtling ist, nicht die Konvention. Sollen doch die verfolgten und von Marokko gepeinigten maurischen Sahrauis bleiben wo der Pfeffer wächst, den es in der Sahara eben nicht gibt. Der Innenminister war in dieser Woche erfolgreich unterwegs, dass Flüchtlinge aus Nordafrika schneller als

bisher abgeschoben werden können. Der ungesteuerte Flüchtlings- und Migrationszug soll – mit militärischer Unterstützung – von Europa fern- und in den Regionen des Südens festgehalten werden.

Die Flüchtlingskatastrophe vom atlantischen Westafrika bis zum Hindukusch ist allerdings kein Ereignis aus dem Jahre 2015, sie beginnt lange vor dem Ersten Weltkrieg und setzt sich im Zeitraum ab 1945 ungebrochen fort, wenn man an Palästina, Kurdistan, Kongo, Algerien, Westsahara usw. denkt. Dessen ungeachtet sind über Jahrzehnte keinerlei Vorkehrungen getroffen worden, Flüchtlingen ein Minimum an menschenwürdigen Verhältnissen zu gewähren. Die Folgen für diese beabsichtigte Ignoranz liegen auf der Hand. Es kann nicht verwundern, dass die gezielt desaströse Politik des Westens gegenüber der sogenannten "Dritten Welt" verzweifelte Widerstand mit allen Mitteln gebiert. Auf pseudoreligiösem Hintergrund – ist der Prophet doch das Letzte, was diesem Teil der Menschheit noch geblieben ist - wird der bewaffnete Kampf aufgenommen, der Kampf gegen die Verursacher der Katastrophe, die täglich größer wird. Der Kampf für den Gottesstaat als Alternative zum allgegenwärtigen Elend. Eindeutig ist es die imperialistische Politik der Industrieländer, die den Terrorismus als Kampfmethodem immer wieder von neuem reproduziert. Die islamischen Kämpfer operieren aber nicht mit Pfeil und Bogen oder kreuzen vor dem Horn Afrikas nicht auf selbst geschnitzten Kanus vom Orinoko, mit denen sie der NATO-Navy ein Schnippchen nach dem

anderen schlagen. Diese fanatischen - in ihrem Sinne hoch motivierten - Söldner verfügen über moderne und modernste Waffentechnik, die ihnen von denen gestellt werden, gegen die sie sich zu erheben glauben. Das ist nichts anderes als die Aufforderung zu Mord und Selbstmord. Je mehr zu diesem sinnlosen und aussichtslosen Morden und Selbstmorden getrieben werden können, desto besser für die Waffenproduzenten und –exporteure weltweit. Mehr Profit ist nicht denkbar. Das ist der simple rassistische Alltag im Namen von Demokratie und Menschenrechten. Man gibt vor, den "Islamischen Staat" zu bekämpfen und wendet sich mit Entsetzen von den Greueln dieser entmenschten Soldateska ab. Zu recht. Gleichzeitig huldigt man dem wohl installierten, längst bestehenden islamischen Staat der Saudis auf höchster politischer Ebene. Ausgerechnet die Saudis, die ihre religiösen Widersacher in einem Maße öffentlich köpfen und steinigen lassen, dass die marodierenden islamischen Außenkämpfer wie stümperhafte Anfänger erscheinen. Im gegenwärtig unter Leitung der saudischen Armee stehenden größten Militärmanöver der Welt – genannt „Northern Thunder“ – sind 150.000 Soldaten, 20.000 Panzer, 2.540 Flugzeuge, 460 Hubschrauber im Einsatz. Angenommen, dass es sich nicht um auf dem Basar von Mekka und Medina erstandene Rüstung handelt, ein überzeugendes Beispiel für die Waffenkonjunktur, in vorderster Linie mit Exportweltmeister Deutschland. Dem SPD-Vizekanzler ist längst klar geworden, dass seine Rüstungslobby weit schwerer wiegt, als das eigene Partei- und Wahlprogramm und er selbst zusammen genommen. Sein Adlatus, der

SPD-Bundesaußenminister, reist speziell nach Riad zum Wüstenkönig in die Krisenregion um Verbundenheit unter Demokraten in Öl, Waffen und Geld zu demonstrieren. Wenn das kein Grund zum Feiern ist! Hier schließt sich der Kreis heutiger imperialistischer Rassenpolitik. Je größer das Elend der bis aufs Blut ausgebeuteten und gepeinigten Mehrheit der Menschheit, Flüchtlingselend inklusive, desto mehr Konflikte. Je mehr kriegerische Auseinandersetzungen, desto größer der Waffenmarkt, je intensiver das Abschlachten, desto höher die Nachfrage nach Rüstung. Je schneller der Waffenumschlag, desto märchenhafter der Profit. Schlag nach bei Karl Marx, der den englischen Gewerkschafter Thomas Dunning in seinem ökonomischen Hauptwerk bekanntlich wie folgt zitierte: "...für 100 Prozent stampft [das Kapital] alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert..." Diesen schlichten Sachverhalt sollten wir bei der Betrachtung der gegenwärtigen sogenannten Krisen berücksichtigen. Denn es sind keine Krisen, es sind die Verbrechen des Kapitals. Der gewöhnliche Imperialismus.

Es ist gut und richtig, dass unsere Partei von Anfang an und ohne Wenn und Aber in der sogenannten Flüchtlingskrise gegenüber den Geflüchteten solidarisch war und all diejenigen, die gegen rassistische Hetze auf die Straße gehen und die Flüchtlingshilfe leisten, unterstützten und unterstützen. Das gilt für die Kirchen genauso wie für die Antifa-Bewegung, für Nachbarschaftsinitiativen und viele einzelne Menschen, die sich engagieren.

Insbesondere diese ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Kräfte müssen wir weiterhin stärken.

In der seit Monaten anhaltenden Auseinandersetzung über eine der größten humanitären Krisen der Gegenwart verstellt der herrschende menschenfeindliche Diskurs zugleich den Blick darauf, dass das gesamte Land von der CSU/CDU-SPD Koalition und den Vorgängerregierungen schon seit vielen Jahren auf Verschleiß gefahren wurde und wird. Unter dem Druck der Schuldenbremse und der Fixierung auf die schwarze Null wurden Personalabbau und Privatisierungen im öffentlichen Sektor, Kürzungen beim sozialen Wohnungsbau und der Arbeitsförderung sowie ein enormer Sanierungsnotstand kommunaler Einrichtungen viel zu lange billigend in Kauf genommen. Zuwanderung hat die vielfältigen Probleme nicht hervorgerufen – sondern macht sie besonders sichtbar. Es gilt, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen und dabei nicht die Schwachen gegen die Schwächsten auszuspielen, wie es derzeit allerdings die Große Koalition betreibt.

In Zeiten des enormen Rechtsruck in der Gesellschaft und immer nationalistischerer Parolen, die Obergrenzen, Sozialkürzungen für Flüchtlinge und totale Abschottung bis hin zum Schießbefehl fordern, formuliert DIE LINKE eine radikal solidarische Politik und versucht die soziale Frage als Klassenfrage zu thematisieren. Dazu hat sie vor einigen Tagen auch konkrete Vorschläge unterbreitet. Unsere Partei fordert für 2016 ein 25-Milliarden-

Sofortprogramm des Bundes für eine soziale Offensive, mit der dieses Land eine Zukunft für alle einleiten kann.

- 5 Milliarden Euro für gemeinnützigen, sozialen Wohnungsbau
- 5 Milliarden Euro für Bildung
- 5 Milliarden Euro für Sicherheit und die Stärkung des öffentlichen Dienstes
- 5 Milliarden Euro für öffentliche Beschäftigung und Integration
- 5 Milliarden Euro für die Bekämpfung von Fluchtursachen

Jetzt ist die Zeit für ein entschiedenes Gegen- und Umsteuern gegenüber der Kürzungspolitik der Bundesregierung und für eine radikale Neuordnung der Finanzen im Bund und in den Ländern, für handlungsfähige, funktionierende Kommunen und ein soziales, gerechtes und lebenswertes Land. Angesichts dieser richtigen Forderungen der LINKEN und der gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verwundert dann schon der Hauptvorwurf von Katja Kipping im nd-Interview am 19. Februar 2016 an die Adresse von SPD und Grünen, gegenwärtig die Machtfrage nicht zu stellen. Hier wird ein Bild von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und der objektiven Rolle von SPD und Grünen als Juniorpartner des herrschenden Blocks gezeichnet, das ich nicht teile. Dieses gemeinsame Interview mit Bernd Riexinger wurde natürlich nicht nur mit Blick auf den Bundesparteitag im Mai und die erneute Kandidatur der beiden Parteivorsitzenden ins Blatt genommen. Es ordnet sich auch in die seit rund drei Monaten insbesondere im nd und in der Frankfurter Rundschau

geführten Debatte ein, wie die gesellschaftliche Linke und die Partei DIE LINKE sich dem wachsenden Rechtstrend in Deutschland und Europa entgentreten können. Es ist hier leider nicht Platz und Raum, diese komplexe Diskussion aufzugreifen, in die ja beispielsweise auch unser Verhältnis zur Varoufakis-Initiative DiEM25 gehört. Fakt ist, unsere europapolitische Diskussion muss in Rechnung stellen, dass es im Zeichen der Flüchtlingskrise zu einem weiteren Abbau der sozialen Standards kommen wird; ähnlich verhält es sich mit den demokratischen Rechten: der Polizeistaat wird ausgebaut und der Datenschutz ausgehöhlt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wohl noch nie nach dem Jugoslawienkrieg von 1999 war die Kriegsgefahr in Europa so hoch wie heute. Insbesondere die aggressive deutsche Großmachtspolitik trägt unmittelbar dazu bei, wenn Berlin im Syrien-Krieg z.B. die Forderung der Türkei nach einer "Schutzzone" auf syrischem Territorium unterstützt. Im Kern geht es bei dieser Forderung darum, Stellungen salafistischer Milizen im Norden Syriens dem Zugriff der syrischen Streitkräfte zu entziehen. Ankara, das dies schon lange fordert, verschärft seinen Kurs weiter und droht offen mit dem Einmarsch nach Syrien - ein Schritt, der zu einem Krieg zwischen dem NATO-Mitgliedsstaat Türkei und Russland führen könnte, falls der jetzt vereinbarte Waffenstillstand nicht hält.

Man muss kein Historiker sein, um die verhängnisvollen Parallelen zur internationalen Situation vor 100 Jahren zu sehen. Insbesondere der heutige Pakt der Bundesrepublik mit der Türkei erinnert in fataler Weise an die verhängnisvolle Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Kaiserreich und den Osmanen im Ersten Weltkrieg. Dem massenhaften Morden am armenischen Volk wurde damals bekanntlich trotz zahlreicher Proteste linker und auch konservativer Politiker tatenlos zugesehen; es gab durchaus eine deutsche Mitschuld an diesem Völkermord. Wie es heute genauso eine Mitschuld der deutschen Politik am brutalen Vorgehen Ankaras gegen die Kurden gibt. Wer zur Rettung des Schengenraums die Mauer, die Deutschland abschotten soll, an der türkischen Westküste errichten will, darf eben nicht zimperlich sein sagt sich die Bundeskanzlerin, die sich ansonsten gern für ihre Flüchtlingspolitik feiern lässt.

Gerade hier lohnt sich ein genaueres Hinschauen: am vorletzten Donnerstag wurde im Bundestag das Asylpaket II beschlossen, das eigentlich richtigerweise Antiasylpaket II heißen muss: mit beschleunigten Verfahren in speziellen Aufnahmeeinrichtungen, mit Abschiebung übrigens auch von traumatisierten Menschen und - das ist wirklich der größte Hammer bei der ganzen Sache - mit der Behinderung des Familiennachzugs auch bei Minderjährigen. Eine der fatalen Folgen des Beschlusses wird sein, dass sich erneut Frauen, Kinder und Männer über das Mittelmeer auf den Weg machen werden. Seit September 2015 sind allein 340 Kinder im Mittelmeer elendig ertrunken.

Sicher wird es bald ein drittes Asylpaket geben, bei dem vom Asylrecht überhaupt nichts mehr übrig bleibt. Wo aber bleibt eigentlich ein umfangreiches Integrationspaket? Wo ist eigentlich das große Fluchtursachenbekämpfungspaket? Wo ist die soziale Offensive? Wo ist die Investition in den Wohnungsbau und in Bildung? Warum packen Sie es nicht endlich an, die Kommunen vernünftig finanziell auszustatten? Stattdessen feiert die BRD Rekorde bei den Waffenexporten in aller Welt.

Die bevorstehenden drei Landtagswahlen am 13. März werden wahrscheinlich die bisherige politische Landschaft stark verändern, denn der Umgang mit den Flüchtlingen dominiert alle drei Wahlkämpfe. Die entscheidende Frage wird das Abschneiden der AfD sein; an deren Wahlergebnis wird auch das Kräfteverhältnis zwischen dem nationalkonservativ-völkischen und dem neoliberalen Flügel des herrschenden Blocks deutlich. Das Nebeneinander von reaktionären Bewegungen wie Pegida und einer rechtspopulistischen Partei wie der AfD spricht dafür, dass sich erstmals rechts von CDU/CSU in der Bundesrepublik dauerhaft eine politische Kraft etabliert. Gelingt der Rechten die Interpretation der sozialen Frage als Migrationsfrage, dann wäre eine weitere Rechtsentwicklung bis hin zur Regierungseinbindung nicht mehr ausgeschlossen. Das passiert natürlich jetzt noch nicht, könnte aber zumindest dazu führen, dass es in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt erstmals keine

ausreichende Mehrheit mehr für die Bildung einer Großen Koalition gibt. Daher wird bei CDU und FDP schon fieberhaft über neue Konstellationen nachgedacht - eine "Deutschland"-Koalition aus CDU, SPD und FDP steht beispielsweise im Raum. Auch für DIE LINKE Partei steht in diesen beiden Bundesländern sehr viel auf dem Spiel, denn unser Einzug in die Landtage ist keineswegs gesichert. Ein erfolgreicher Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde wäre für die weitere Westausdehnung der Partei natürlich enorm wichtig. In Sachsen-Anhalt droht hingegen ein Durchmarsch der AfD; es ist nach den jüngsten Umfragen keinesfalls mehr ausgeschlossen, dass diese rechtspopulistische Partei nicht nur an der SPD, sondern im schlimmsten Fall sogar auch noch an uns vorbei zieht.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir brauchen aber nicht scheel auf unser Nachbarland schauen, denn der Vorreiter der massiven politischen Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik ist eindeutig unser Bundesland. Im letzten Jahr stiegen nach einer Zählung der Opferberatungsstelle RAA-Sachsen die rechten Straftaten um 86 Prozent von 257 auf 477. Auch die Zahl der Opfer stieg – auf 654. Damit ist im prozentualen Vergleich Sachsen BRD-Spitzenreiter. Wir sind ein Bundesland, wo der Leipziger Polizeipräsident Bernd Merbitz bereits von einer “Pogromstimmung“ gegen Flüchtlinge spricht, wo der Mob inzwischen unverhohlen applaudiert, wenn Flüchtlingsunterkünfte brennen, wie zuletzt in Bautzen oder Flüchtlinge gewaltsam aus ihrem Bus in die Unterkunft gebracht werden wie in Clausnitz.

Es ist kein Zufall dass diese schändlichen Vorfälle – ich erinnere nur an Heidenau und Freital – immer wieder in Sachsen passieren. Diese hohe Zahl von fremdenfeindlichen Straftaten hat sehr viel mit dem gesellschaftlichen Klima zu tun, das hier unter der mittlerweile 26jährigen Ägide der CDU entstanden ist. Die sächsische Union hat natürlich auch selbst einige der geistigen Brandstifter in ihren Reihen. Noch verheerender ist aber der seit Jahrzehnten gepflegte regionalpolitische Größenwahn, der mittlerweile in ethnokulturellen Zentrismus und sächsischen Chauvinismus umgeschlagen ist, der wiederum mit einer Selbstüberhöhung der eigenen Gruppe und einer starken Setzung von „Etabliertenvorrechten“ einhergeht, wie der Dresdner Politikwissenschaftler Prof. Hans Vorländer in seinem unlängst erschienenen Buch „Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung“ überzeugend dargelegt hat.

Statt auf Prof. Vorländer oder andere kluge Köpfe setzt die Staatsregierung aber in ihrer Politikberatung seit Jahr und Tag auf konservative Hardliner wie beispielsweise auf die CDU-Haus- und Hofdenker Backes und Jesse vom Hannah-Arendt-Institut. Natürlich ist es von großer Komik, wenn man diesen Leuten unlängst eine frei erfundene Untersuchung zum deutsch-deutschen Schäferhund unterjubeln kann. In dieser Studie wurde behauptet, dass die Wachhunde zweier 1945 eingerichteter sowjetischer Speziallager direkte Nachfahren von Wachhunden aus den Konzentrationslagern Buchenwald und

Sachsenhausen gewesen seien und diese wiederum hätten in dritter Generation die Mauerhunde der NVA-Grenztruppen gezeugt. Sämtliche Belege dafür waren frei erfunden aber es fragte auch niemand nach Belegen: Drei Generationen von totalitärer Gewalt, sowjetische DDR-Nazihunde, das klang einfach zu gut. Statt das sächsische Staatsparadigma rot gleich braun zu bedienen, wäre seriöse Politikberatung in Sachsen dringend notwendig, z.B. durch die beiden Leipziger Orientwissenschaftlerinnen Prof. Verena Klemm und Marie Hakenberg, die unlängst den Sammelband „Muslime in Sachsen. Geschichte, Fakten, Lebenswelten“ herausgegeben haben. Diesem Band kann man auch entnehmen, dass August der Starke vor 300 Jahren gegenüber dem Islam mehr interkulturelle Kompetenz besaß als Herr Tillich heute. Und damit meine ich nicht seine muslimische Mätresse Fatima, mit der er zwei Kinder zeugte, die er später in den Grafenstand erhob.

In einer Sondersitzung des Landtages wurde am Montag über die gefährliche Entwicklung in Sachsen debattiert. Die CDU agierte mit ihrer sattsam bekannten Doppelgesichtigkeit, das nd gab seinem entsprechenden Artikel die treffende Überschrift „Einer löscht, einer zündelt“. Während Tillich für den starken Staat eintrat und den moralisch Empörten mit den entsprechenden Zitaten für die Medien mimte, bediente Fraktionsvorsitzender Kupfer gewohnt dumpfbackig den sächsischen Alltagsrassismus. Unsere Partei hatte bekanntlich gemeinsam mit den Grünen diese Sondersitzung gefordert und einen Antrag eingebracht, in

dem es darum ging, die Zivilgesellschaft zu unterstützen und den demokratischen Rechtsstaat zu stärken. Wie ein politischer Neuanfang konkret aussehen kann, erläuterte der Fraktionsvorsitzender Rico Gebhardt am Ende seiner Rede in zehn Punkten, die sicher viele von Euch schon gelesen haben.

Sind wir gemeinsam mit den anderen Parteien und gesellschaftlichen Kräften allerdings zu schwach für diesen Neuanfang im Freistaat, muss man kein Prophet sein, um alsbald ein Zusammenspiel von maßgeblichen Teilen der sächsischen CDU und der AfD sowie von Pegida vorherzusagen. Damit verschieben sich die politischen Koordinaten im Freistaat in gefährlicher Weise weiter nach rechts. Der bundesweit konservativste Landesverband der CDU würde damit in zweifacher Hinsicht seinen Spielraum erweitern. Er errichtet ein Bollwerk gegen emanzipatorische Bewegungen und betreibt ein Versuchslabor für einen verschärften neoliberalen Politikstil. Bei einer weiteren Zuspitzung der gesellschaftlichen Krise besteht damit die reale Gefahr, dass sich in Sachsen als erstem Bundesland ein handlungsfähiger Rechtsblock aus konservativen Eliten, Rechtspopulisten und extremen Rechten formiert, der bei den nächsten Landtagswahlen 2019 zu einem Regierungsbündnis von CDU und AfD führen könnte.

Ein retardierendes Moment für diese gefährliche Entwicklung bildet gegebenenfalls die politische Situation in den drei sächsischen Großstädten. In

Dresden gibt es ja trotz Pegida, das wie eine giftige Wolke über der Stadt hängt, im Rathaus bekanntlich ein rot-rot-grünes Bündnis, dito in Chemnitz. In Leipzig ist diese Konstellation Zukunftsmusik, wir streben dieses Bündnis derzeit auch nicht an. Das ist auch nicht nötig, denn das gesellschaftliche Klima in unserer Stadt, die im bundesweiten Vergleich der Großstädte am dynamischsten wächst, ist auch ohne ein derartiges Bündnis weltoffener und internationaler als in der Landeshauptstadt. Darauf dürfen wir uns aber beileibe nicht ausruhen, dafür muss immer wieder neu auch von uns, vom gesamten Stadtverband, engagiert gestritten werden. Am nächsten Montag ist bekanntlich wieder Pegida auf der Straße, um genau diese Entwicklung zu kippen. Erneut formiert sich dagegen ein breiter Protest in unserer Stadt. Um 18 Uhr findet die Auftaktkundgebung des Aktionsnetzwerks „Leipzig nimmt Platz“ am Augustusplatz statt, auf der auch die Vorsitzende der LINKEN Katja Kipping sprechen wird. Der Demonstrationzug wird sich anschließend über den Innenstadtring am Hauptbahnhof vorbei über Hallesches Tor zum Refugees-Welcome-Platz bewegen. Ich bin überzeugt, dass viele Mitglieder des Stadtverbandes an dieser Demonstration teilnehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es wäre vermessen, als scheidender Vorsitzender heute im Referat die nächsten Aufgaben des Stadtverbandes umfassend skizzieren zu wollen. Einige Herausforderungen will ich aber doch benennen, vor der wir ungeachtet aller personellen Weichenstellungen stehen.

Dabei können wir auf der Habenseite daran anknüpfen, dass die Leipziger LINKE ein bunter, lebendiger Haufen mit vielen aktiven Untergliederungen ist; das belegt eindrucksvoll der Euch vorliegende Rechenschaftsbericht mit der Bilanz der vergangenen zwei Jahre. Durch ein bedauerliches Missgeschick, für das ich um Entschuldigung bitten möchte, ist im Rechenschaftsbericht im Abschnitt 3.3. Zum Wirken der Zusammenschlüsse im Stadtverband leider die AG Senioren vergessen worden. Deren emsiges Schaffen kann sich durchaus sehen lassen, wie erst vor wenigen Tagen die Stadt seniorenkonferenz eindrucksvoll belegte. Dazu gehören keineswegs nur die monatlichen Veranstaltungen oder die jährliche Fahrt zum antifaschistischen Traditionstreffen nach Mala Upa. Zur diesjährigen Buchmesse ist die AG beispielsweise Mitorganisator der Fotoausstellung „Dialog. Schriftsteller der DDR“ im Liebknecht-Haus; die Vernissage findet am Mittwoch, den 16. März, statt. Und am 13. August feiert die AG ihr 25jähriges Bestehen mit einem Hoffest. Ihr seid schon jetzt alle dazu ganz herzlich eingeladen.

Die nächste Etappe unserer Arbeit ist von diversen Herausforderungen gekennzeichnet. In der Leipziger Kommunalpolitik kreist natürlich vieles um die Unterbringung und schrittweise Integration der Geflüchteten in einer rasant wachsenden und bunter werdenden Stadt; hier leistet unsere Stadtratsfraktion sehr engagierte Arbeit. Sören wird sicher gleich in seinem Bericht der Stadtratsfraktion näher darauf eingehen. Natürlich bleibt die gesamte Leipziger

LINKE in der Solidaritätsarbeit zur Unterstützung der Flüchtlinge aktiv und präsent. Ich bin ein wenig stolz, dass wir neben vielen bisherigen Einzelaktivitäten im Stadtverband und durch die Landtagsabgeordneten auch im Liebknecht-Haus ein kleines Zeichen der Solidarität setzen konnten; zwei Monate waren wir mit unserem Dachgeschoss gute Gastgeber für einen Sprachkurs für Geflüchtete. In dieser Woche haben wir auf einen Soli-Aufruf sofort reagiert und als Stadtverband je 75 Trinkflaschen und 75 Brotdosen für Kinder in der Messehalle 17 gespendet, die jetzt in die Schule kommen. Weitere 50 Trinkflaschen spendete Margitta Hollick.

Zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit zählt zweifellos die weitere Erarbeitung unserer Zukunftsstrategie. Das Zukunftsprojekt des Leipziger Stadtverbandes ist nach dem Beschluss des Stadtparteitages im November 2015 erfolgreich gestartet. Seit zwei Monaten organisieren die Mitglieder der „AG Zukunft“ unter Leitung von Adam Bednarsky zahlreiche Diskussionsrunden, in denen die Mitglieder unserer Partei miteinander diskutieren, wo sie Veränderungspotenziale für den Stadtverband sehen. Es werden auch schon fleissig entsprechende Fragebögen ausgefüllt. Jeden dritten Dienstag trifft sich die AG Zukunft darüber hinaus um 20 Uhr im Liebknecht-Haus, um über ihre Tätigkeit zu informieren bzw. erste Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit am Zukunftskonzept zu ziehen. Es ist heute noch zu früh, im Referat auf erste Ergebnisse einzugehen. Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, allen

Beteiligten für ihr bisheriges Engagement ganz herzlich zu danken und viel Glück und Erfolg bei der weiteren Arbeit wünschen.

Ein ganz wichtiger Punkt in der Zukunftsstrategie ist der Umgang mit den Neumitgliedern und ihre schnelle Einbeziehung in unsere Arbeit. Sicher nicht zuletzt wegen unserer solidarischen Haltung in der Asylfrage haben wir seit Beginn des Jahres schon 17 neue Mitglieder im Stadtverband gewonnen. Wobei der Begriff „gewonnen“ etwas irreführend ist, denn zumeist kamen diese Neumitglieder über das Internet von sich aus auf uns zu. Dieses Potenzial ist eine große Chance für den Stadtverband, die es energischer und klüger als bisher zu nutzen gilt. Der neue Stadtvorstand muss die Mitgliedergewinnung und Betreuung der Neumitglieder stärker als strategische Aufgabe begreifen; leider war durch verschiedene Funktionswechsel in den letzten zwei Jahren die Kontinuität in diesem Bereich nicht gewährleistet. Dankenswerterweise hat sich Genosse Stephan Sander vor einigen Monaten bereit erklärt, diese anspruchsvolle Aufgabe zu übernehmen. Vor wenigen Tagen fand eine von ihm organisierte Beratung mit den Neumitgliederbeauftragten der Stadtbezirksverbände im Liebknecht-Haus statt; leider ist es so, dass noch nicht längst alle Stadtbezirksverbände einen Neumitgliederbeauftragten in ihren Reihen haben. Ohne einen derartigen Verantwortlichen vor Ort werden wir aber diese Herausforderung nicht bewältigen. Ich bitte daher alle

Stadtbezirksverbände, die dort bislang eine personelle Lücke haben, diese möglichst schnell zu schließen.

Eng verbunden mit der Zukunftsstrategie ist die weitere Qualifizierung unserer Öffentlichkeitsarbeit. Ihr habt dem Rechenschaftsbericht die Information entnommen, dass sich unter Leitung unseres engagierten Pressesprechers Kay Kamieth im Dezember 2014 die AG Öffentlichkeitsarbeit gebildet hat, die seitdem eine kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit leistet. Ziel der AG ist nicht nur eine bessere PR nach außen, sondern auch eine breitere Kommunikation nach innen, um die Mobilisierungsfähigkeit der Mitgliedschaft auszubauen. Hier ist beispielsweise mit der Freitagspost schon ein wichtiger Akzent gesetzt worden. Alle an Medienarbeit und Kommunikation interessierten Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen, in der AG – die monatlich tagt – künftig mitzuarbeiten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

da ich heute mein letztes Referat als Stadtvorsitzender halte, gestattet mir am Ende noch ein persönliches Abschiedswort an Euch. Es fällt mir verständlicherweise nicht leicht, Adieu zu sagen. „Abschied ist immer auch ein kleiner Tod“, sagt treffend ein französisches Sprichwort, das für das Privatleben ebenso wie für das berufliche oder politische Leben gilt. Der Regensburger

Germanist Mathias Mayer hat sogar ein ganzes Buch über die „Kunst der Abdankung“ und die „Ethik des Rückzuges“ geschrieben. So philosophisch will ich jetzt aber gar nicht werden. In meinem heutigen LVZ-Interview habe ich meine Meinung zum jetzt gewählten Zeitpunkt des Generationswechsels etwas hemdsärmeliger formuliert: „Bevor man in zwei oder vier Jahren vom Hof gejagt wird, geht man doch lieber zu einem Zeitpunkt, da viele einem noch hinterher weinen.“

Viele Reaktionen der letzten Tage und Wochen fielen ganz in diesem Sinne aus und zeigen mir, dass ich den richtigen Zeitpunkt gewählt habe. Rund 15 Jahre in dieser Funktion, die ich immer mit viel Herzblut ausgeübt habe, sind natürlich eine ziemlich lange Zeit. Ich habe mal überschlagen, dass deutlich über 10.000 Stunden ehrenamtliche Tätigkeit zusammen gekommen sind, also rund vier bis fünf Jahre reine Arbeitszeit. Eine Gesamtbewertung dieser eineinhalb Jahrzehnte, die sicher sehr subjektiv wäre, erspare ich uns jetzt. Ich will nur eine kleine persönliche Bilanz ziehen und zu diesem Zweck kurz auf den Anfang zurück schauen. Im Mitteilungsblatt vom Februar 2001 veröffentlichte ich zur inhaltlichen Untersetzung meiner damaligen Kandidatur als Stadtvorsitzender zehn Thesen unter der Überschrift „Wie weiter mit der PDS in Leipzig?“ Ich habe mir in Vorbereitung des heutigen Referats dieses Thesenpapier nochmals gründlich angeschaut. Dieser Rückblick zeigt mir, welche Erfolge wir seitdem gemeinsam erreicht haben, aber auch, wo es nicht wie erhofft vorwärts ging. Wer weiß z.B. heute noch, dass wir damals 2.752 Mitglieder hatten, die in 27

Ortsverbänden, 45 selbständigen Basisorganisationen und 18 IGs und AGs wirkten. Der seitdem vollzogene Modernisierungs- und Strukturwandel war enorm und stieß mitunter auf viel Beharrungsvermögen: heute haben wir noch rund 1.300 Mitglieder in zehn Stadtbezirksverbänden, fünf Basisorganisationen und 16 IGs und AGs. Damals war übrigens an zwei linke Bürgermeister noch nicht zu denken, wenngleich ich in der zweiten These „die Übernahme unmittelbarer Verantwortung“ bereits als Ziel formulierte. Fünf Jahre später war es dann soweit, als Genosse Heiko Rosenthal mit 31 Jahren unser erster Bürgermeister wurde; ich kann mich noch genau erinnern, wie ich mit dem damaligen SPD-Kandidaten für die OBM-Wahl Burkhard Jung am Grabe von Erich Zeigner zu dessen 120. Geburtstag am 17. Februar 2006 die ersten Weichen für diesen späteren Überraschungscoup stellte.

Natürlich gab es nicht nur Erfolge und Siege in diesen anderthalb Jahrzehnten. Zu den schmerzlichsten Niederlagen zählt für mich zuletzt die Einstellung unserer Zeitung „Leipzigs Neue“, die ich leider Ende letzten Jahres nicht verhindern konnte. Ich freue mich aber, dass der Herausgeberverein die Flinte nicht ins Korn schmeißt und konzeptionell daran arbeitet, wie ein Teil des journalistischen Potenzials künftig in unser Mitteilungsblatt einfließen kann. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieses Angebot vom neuen Stadtvorstand und der künftigen Redaktionsgruppe wohlwollend geprüft und dann auch angenommen würde.

Alles in allem bin ich unterm Strich mit der Bilanz zufrieden, die ich gemeinsam mit Euch ziehen kann. Dazu zählen vornehmlich die inhaltliche Weiterentwicklung der Parteiarbeit, wie sie in rund 30 Stadtparteitagen mit ihren Anträgen und Beschlüssen sowie in weit über hundert Stadtvorstandssitzungen erzielt wurde; nicht zu vergessen sind natürlich die außerparlamentarischen Aktivitäten, wie die unzähligen Demonstrationen und Wahlkampfveranstaltungen, darunter einige spektakuläre Großkundgebungen mit Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Hans Modrow, Täve Schur, Sahra Wagenknecht u.a., um die uns die anderen Parteien spürbar beneideten; auch die vielen Artikel fürs Mitteilungsblatt oder die hunderte von Pressemitteilungen sowie die persönlichen Gesprächen, Telefonate und Mails bleiben in meiner Erinnerung.

Über viele Jahre habe ich im Liebknecht-Haus mehr Lebenszeit verbracht als zu Hause – was zuweilen auf Kosten des Privatlebens ging, wie ich im Nachgang selbstkritisch einräumen muss. Wie oft habe ich die Dienstleistungen unseres zuständigen Securityunternehmens auch noch spät am Abend oder am Wochenende in Anspruch genommen. Ich oute mich an dieser Stelle auch als unfreiwilliger Profiteur des Klimawandels. In den ersten Jahren musste ich vor dem Liebknecht-Haus nämlich wesentlich mehr Schnee schieben als in den letzten Jahren. Darüber war ich natürlich nicht böse.

Der politische Gegner hat mich in diesen Jahren stets ernst genommen, darauf war und bin ich ein wenig stolz, zumal ich nicht nur viele Stadtvorsitzende von CDU und SPD politisch überlebte. Zu meinem Amtsantritt lagen CDU und SPD kommunalpolitisch noch vor uns, die CDU sogar mit großem Abstand.

Inzwischen stehen wir mit der CDU auf Augenhöhe und haben die SPD deutlich abgehängt. Das ist wohl auch ein Grund, warum ich es sogar in die deutsche Literaturgeschichte gebracht habe. Kein geringerer als der leidenschaftliche SPD-Anhänger Erich Loest hat mich in seinem Theaterstück „Ratzel speist im ‚Falco‘“ unter dem wenig originellen Namen Kaltow verewigt. Loest nahm mir vieles persönlich übel und sah in mir einen der Hauptschuldigen für die von ihm wahrgenommene linke Restauration in Leipzig; darunter verstand er u.a. die von mir massiv unterstützte und letztendlich auch erfolgreich mit durchgesetzte Neuaufstellung des 33 Tonnen schweren bronzenen Marx-Relief der Uni vor der Mensa der Sporthochschule oder die Wiederaufhängung von Werner Tübkes sozialistischem Meisterwerk "Arbeiterklasse und Intelligenz" im Hörsaalgebäude der Uni. Wenn er noch leben würde, wäre Erich Loest sicher auch über die Rettung des Capa-Hauses vergrätzt, die ich im Herbst 2011 anstieß und die jetzt erfolgreich abgeschlossen wird. Am 17. April findet die Eröffnung des kleinen Museums im Cafe Eigler sowie die Umbenennung eines Teilabschnitts der Lützener Straße in Bowmanstraße statt; so hieß der gefallene US-Soldat auf dem berühmten Foto von Capa „Der letzte Tote des Krieges“. Ich

will an dieser Stelle ausdrücklich Stadtrat Siegfried Schlegel und Stadtbezirksbeirat Thomas Naumann danken, die sich für die Rettung des Capa-Hauses und die beiden Straßenumbenennungen sehr engagiert haben.

Aber kein Bange, liebe Genossinnen und Genossen, ich werde jetzt nicht alle geschichtspolitischen oder anderweitigen Erfolge der vergangenen 15 Jahre auflisten. Ich möchte mich an dieser Stelle nur noch ganz herzlich bei Euch für die vielen Jahre der vertrauensvollen Zusammenarbeit und des gemeinsamen erfolgreichen Kampfes bedanken. Um niemanden ungerechtfertigt auszulassen oder gar zu vergessen, bitte ich um Nachsicht, dass ich jetzt statt einer sehr langen Liste, die unterm Strich auch nur unvollständig wäre, lediglich drei Namen nennen: da sind zum einen Steffi und Elke, ohne deren Engagement und tagtägliche Unterstützung in der Geschäftsstelle meine ja stets ehrenamtliche Arbeit nicht zu bewältigen gewesen wäre. Wir waren ein eingespieltes Trio, das sich wechselseitig vertraute, gerade weil jeder die Stärken und Schwächen des anderen aus dem Effeff kannte. Natürlich war es manchmal auch wie bei der Olsenbande: ich machte einen Plan und der ging dann nicht auf, weil ein Luftballon, ein Stück Zwirn oder sonst etwas fehlte... Liebe Elke, liebe Steffi, ganz herzlichen Dank für diese 15 Jahre Zusammenarbeit. Ich bin mir sicher, dass Ihr genauso kameradschaftlich mit dem Nachfolger oder der Nachfolgerin umgehen werdet wie mit mir.

Jetzt wird mancher vielleicht rätseln, wem ich heute noch einen ganz herzlichen Dank abstatten möchte. Es ist jemand, der leider aus Krankheitsgründen heute nicht da ist und dem ich von hier aus gute Besserung wünsche. Ich kenne ihn im Stadtverband mit am längsten, er ist ein enger familiärer Freund und zugleich Arbeitskollege seit immerhin 30 Jahren, also zu einer Zeit, als wir noch gemeinsam an der Karl-Marx-Universität wirkten. Uns verbindet aber nicht nur die damalige gemeinsame akademische Laufbahn oder die Tatsache, dass wir beide das Amt des Stadtvorsitzenden insgesamt fast 22 Jahre ausgefüllt haben. Uns schweißte und schweißte auch zusammen, dass wir sehr unterschiedliche Typen sind: wenn ich das Glas für halbvoll ansehe, war und ist es für ihn zumeist halb leer. Und umgedreht natürlich - das passierte aber sehr selten. Diese unterschiedliche Sicht führte uns aber immer wieder zu- statt auseinander. Wir haben zusammen ein Jahrzehnt im Landtag fast Bank an Bank verbracht; nicht zu zählen ist die Zahl der zwischen dem Liebknecht-Haus und seiner Wohnung in Grünau geführten Telefonate. Ich konnte immer auf seine enorme politische Erfahrung zählen, auch wenn ich keineswegs alle seine Ratschläge befolgte. Noch reservierter war ich übrigens gegenüber seinen diversen Erziehungsmaßnahmen und privaten Verkupplungsversuchen, obwohl er sich dafür schon vor vielen Jahren Prokura von meinem Vater besorgt hatte. Eine stabile Freundschaft hält das aber alles aus. Insofern möchte ich Dietmar ganz herzlich für alles danken, was wir gemeinsam in diesen 15 Jahren hinbekommen haben. Ich bin mir sicher, unser gemeinsamer Weg ist noch lange nicht zu Ende.

In diesem Sinne wünsche ich ihm – sicher auch in Eurem Namen - von hier aus gute Besserung und baldige Genesung sowie viel Erfolg bei seiner Kandidatur für den Stadtvorstand.

Ich will mich heute aber auch – das wird jetzt einige sicher wundern - bei meinen innerparteilichen Widersachern und denjenigen bedanken, denen ich es nie recht machen konnte und die es geschafft haben, in 15 Jahren kaum ein freundliches Wort oder gar Lob über meine Tätigkeit zu äußern. Für diese Mitglieder des Stadtverbandes könnte man ein Zitat von Stefan Zweig aus seiner Biografie über Joseph Fouché anführen: „Zehn Jahre erbitterter Feindschaft binden Menschen oft geheimnisvoller als eine mittlere Freundschaft.“ Ich habe diesen Widerstand immer als eine ganz spezielle Herausforderung empfunden, die nicht unwesentlich mit dazu beitrug, mein Potenzial erfolgreich auszuschöpfen.

Nicht nur an diejenigen adressiere ich daher jetzt mein Credo: Ich gebe heute nicht auf, sondern ab. Ich bleibe derjenige, der ich politisch war und bin. Ein linkssozialistischer Überzeugungstäter, ein kämpferischer Marxist. Es war wohl kein Zufall, dass der Dokumentarfilm über mein Wirken in der Wendezeit an der Leipziger Uni, der im Februar 1990 im WDR ausgestrahlt wurde, den Titel trug „Ich werde kämpfen!“ Das tue ich weiterhin, auch wenn ich mich natürlich freue, künftig etwas mehr Zeit für das Privatleben, den Beruf und last but not

least meine wissenschaftliche Arbeit habe; es ist z.B. ein schönes Gefühl, dass schon mehr als ein halbes Dutzend Einladungen für die Vorstellung der kritischen Neuausgabe von Lenins Werk „Der Imperialismus als höchste Stadium des Kapitalismus“ vorliegen, die ich jetzt auf der Leipziger Buchmesse präsentieren werde.

Ich bleibe natürlich auch politisch aktiv in der Partei und werde jetzt wieder als einfaches Basismitglied wirken, wahrscheinlich im Stadtbezirksverband Alt-West, weil dort Unterstützung dringend gebraucht wird. Als erstes werde ich mich um das jährliche Kinderfest am Leutzscher Wasserschloss kümmern. Als Mitglied im SprecherInnenrat des Liebknecht-Kreises Sachsen, der gerade das Doppelheft 4/5 seiner Schriftenreihe herausgegeben hat, mische ich auch auf der Landesebene weiter mit. Der berühmte Spruch von Hape Kerkeling „Ich bin dann mal weg“ ist keinesfalls mein Credo. Mit diesem Versprechen sage ich für heute Tschüss und nochmals von Herzen Dank für 15 Jahre erfolgreiche Zusammenarbeit.